

Entweder Wohlstand oder „gerechte“ Verteilung

Das Forum Alpbach hat „Ungleichheit“ zum Generalthema des heurigen Jahres erkoren. Da diese einst respektable Veranstaltung mittlerweile leider von abgehalfterten Politikern und Zwangsstandesvertretern dominiert, wird, ist von daher mit nennenswerten Impulsen nicht mehr zu rechnen. Wo Leute wie der rote Arbeiterkammerkapo Rudi Kaske das große Wort führen (die AK ist Sponsor der Veranstaltung!), ist es mit dem Erkenntnisgewinn naturgemäß nicht weit her...

Fest steht indes, dass das Thema des heurigen Forums dem Zeitgeist Rechnung trägt. Die angeblich wachsende materielle Ungleichheit ist zur allgemein empörenden Binsenweisheit geworden. Die den Hauptstrom der öffentlichen Meinung beherrschende Linke hat es überdies geschafft, materielle Gleichheit für erstrebenswert zu erklären und Ungleichheit als Teufelswerk zu brandmarken. Merke: Gleichheit = Gerechtigkeit. Wer es wagt, die Richtigkeit dieser Behauptung anzuzweifeln, muss das Abenteuer lieben und könnte genauso gut auch ins Mienenfeld Sackhüpfen gehen. Die Armen werden immer ärmer, die Reichen immer reicher. Basta.

Dass nicht nur Einkommen und Vermögen, sondern auch Intelligenz, Gesundheit Schönheit und Witz höchst ungleich verteilt sind (die Natur ist eben notorisch ungerecht – wer Claudia Roth und Heidi Klum miteinander vergleicht, weiß, wovon die Rede ist!), wird ausgeblendet. Wer eine wirklich egalitäre Gesellschaft schaffen will, muss nicht nur die Reichen ausrauben, sondern auch den Schönen die Gesichter verunstalten, die Hochgewachsenen zu gebücktem Gang nötigen und die Intelligenten lobotomieren. Ohne Unterdrückung, Zwang und nackte Gewalt ist Gleichheit nicht zu haben – auch die materielle Gleichheit nicht.

Der liberalen Denkfabrik *Agenda Austria* gebührt daher größte Anerkennung für ihre unermüdlichen Bemühungen, der auf blankem Neid und - absolut berechtigten - Minderwertigkeitsgefühlen basierenden Meinungshegemonie der Sozialisten in allen Parteien, belastbare Fakten entgegenzustellen. Jüngst etwa mit dem „*Handbuch zu Armut, Ungleichheit und Verteilung*“. Darin wird mit einer ganzen Reihe von den Diskurs beherrschenden, so gut wie niemals hinterfragten Gemeinplätzen aufgeräumt.

„*Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf*“, ist einer davon. Dass daran – selbst wenn es stimmte - nichts schädlich wäre, solange nur die Reichsten reicher, die Ärmsten aber nicht noch ärmer würden, sollte selbst Sozialisten, Gewerkschaftern und Caritasfunktionären einleuchten. Die vergleichen indes leidenschaftlich gerne Äpfel mit Birnen und foltern die verfügbaren statistischen Daten - wie beispielsweise der neue Popstar der Verteilungsgerechtigkeit, Thomas Piketty - so lange, bis die von ihnen gewünschten Ergebnisse herauskommen, die stets eine solide Basis für Forderungen nach noch höheren Steuerlasten, noch mehr Staatseinfluss und eine noch stärkere Politisierung der Gesellschaft bilden.

Die Studie der *Agenda Austria* beleuchtet dagegen eine Fülle von Ungleichheit fördernden Aspekten, die überhaupt nichts mit dem schon von Marx herbeiphantasierten Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zu tun haben. So etwa abnehmende Haushaltsgrößen, eine zunehmende Zahl von Rentnern, die Zunahme von freiwillig gewählter Teilzeitarbeit, die Auswanderung gut ausgebildeter und eine Einwanderung minderqualifizierter Personen, die fehlende Berücksichtigung des Kapitalwerts von Pensionsansprüchen und vieles andere mehr. Alle diese Phänomene ziehen notwendigerweise die Messung größerer Verteilungsunterschiede nach sich.

Erstaunliches Detail: In Staaten mit besonders stark ausgeprägten Umverteilungssystemen (wie Schweden, Deutschland und Österreich) bestehen die vergleichsweise stärksten Vermögensunterschiede. Erklären lässt sich dieses Phänomen damit, dass die Bürger sich in derart paternalistischen Gouvernantenstaaten in weit

stärkerem Maße auf staatliche Wohltaten und Sicherungssysteme verlassen als in liberalen Ländern und daher deutlich weniger Vermögensaufbau (etwa in Form des Erwerbs von Wohnungseigentum) betreiben. Fazit: Nirgendwo sonst wird häufiger zur Miete gewohnt als in Deutschland und Österreich. Da Eigenheime und/oder Eigentumswohnungen für private Haushalte aber in aller Regel den größten Vermögensbestandteil bilden, reduziert sich dadurch – im Vergleich zu den „Südländern“ der Union und den ehemaligen Ostblockstaaten (wo Wohnungseigentum den Regelfall bildet) - der Kapitalbesitz pro Haushalt.

Auch der in Österreich herrschende Mangel an unternehmerischer Begeisterung schlägt sich – negativ - in der Einkommens- und Vermögensstatistik nieder. Leider fällt insbesondere die akademisch ausgebildete Elite für produktive Tätigkeiten mehrheitlich aus, da sie stressfreien Karrieren im Staatsdienst oder in staatsnahen Sektoren den Vorzug gibt. Ein großer Teil der in Privathand befindlichen Vermögen ist jedoch in Unternehmen gebunden. Dieses Produktivkapital verteilt sich auf entsprechend wenige Hände und verstärkt daher die gemessenen Vermögensunterschiede.

Dennoch belegen die Daten – entgegen den von den Massenmedien kolportierten Behauptungen - dass die Armutsgefährdung in Österreich seit 2008 nicht zu- sondern abgenommen hat: Sie ist von 15,2 auf 14,1 Prozent gesunken.

Wer sich mit der routinemäßigen Desinformation durch die linke Lügenpresse nicht begnügen will, wendet sich an folgende Adresse zum Gratisdownload der zitierten Untersuchung: <http://www.agenda-austria.at/inhalte/publikationen/>

a.toegel@atomed.at